



## Planzeichenerklärung

### Sonstige Planzeichen

----- Stadtgrenze

### Darstellungen nach § 5 (2) BauGB

- Konzentrationszonen für Windenergieanlagen
- Wohnbauflächen
- Gemischte Bauflächen
- Gewerbliche Bauflächen
- Flächen für den Gemeinbedarf
- Sonstige überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen
- Bahnanlagen
- Ver- und Entsorgungsanlagen
- Ablagerung
- Kläranlage
- Umspannwerk
- Elektrofreileitung, oberirdisch
- Grünflächen
- Wasserflächen
- Fläche für Abgrabung oder für die Gewinnung von Bodenschätzen
- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für Wald
- Pflege und Entwicklung der Landschaft
- Naturdenkmal

### Nachrichtliche Übernahmen und Vermerke nach § 5 (4) BauGB

- Wasserschutzgebiet (WSG) bzw. Heilquellenschutzgebiet (HSG) mit Zoneneinteilung, z. B. IIIb

## Änderungs-Planaufstellungsverfahren

Der Planungsausschuss der Stadt Marsberg hat am 25.02.2014 gemäß § 2 (1) BauGB die 60. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Marsberg beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 14.04.2014 gem. § 2 (1) Satz 2 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Marsberg, den

(Bürgermeister)

Die Stadt Marsberg hat die Öffentlichkeit frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung gem. § 3 (1) BauGB mit Bekanntmachung vom 23.02.2015 unterrichtet und ihnen in der Zeit vom 02.03.2015 bis 10.04.2015 Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Marsberg, den

(Bürgermeister)

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 31.07.2015 über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung unterrichtet und zur Äußerung aufgefordert.

Marsberg, den

(Bürgermeister)

Der Planungs- Bau- und Umweltausschuss der Stadt Marsberg hat am ..... den Entwurf zur 60. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Marsberg mit dem Begründungsentwurf gebilligt und zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB bestimmt.

Marsberg, den

(Bürgermeister)

Der Entwurf der 60. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Marsberg hat mit dem Begründungsentwurf gem. § 3 (2) Satz 1 BauGB in der Zeit vom ..... bis ..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind am ..... gem. § 3 (2) Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis darauf, dass Stellungnahmen während dieser Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Marsberg, den

(Bürgermeister)

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom ..... gem. § 4 (2) BauGB beteiligt und gem. § 3 (2) Satz 3 BauGB von der Auslegung benachrichtigt.

Marsberg, den

(Bürgermeister)

Der Rat der Stadt Marsberg hat am ..... gem. § 3 (2) Satz 4 BauGB die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und die Feststellung der 60. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Marsberg, der gem. § 5 (5) BauGB eine Begründung beigelegt ist, beschlossen.

Marsberg, den

(Bürgermeister)

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom ..... AZ ..... wird für die 60. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Marsberg mit der dazugehörigen Begründung die Genehmigung erteilt.

Amsberg, den

Bezirksregierung Arnsberg  
im Auftrag

Die 60. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Marsberg ist der Bezirksregierung am ..... gem. § 4 (1) BauGB zur Genehmigung vorgelegt worden. Über die in § 3 (2) Satz 4 BauGB genannten nicht berücksichtigten Stellungnahmen hinaus sind sämtliche Stellungnahmen beigelegt worden und die Stadt Marsberg hat mit dem Antrag auf Genehmigung und seinen Anlagen Stellung genommen. Die Bezirksregierung hat mit Schreiben vom ..... gem. § 6 (4) BauGB die Genehmigung erteilt.

Marsberg, den

(Bürgermeister)

Die Erteilung der Genehmigung ist am ..... gem. § 6 (5) Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden. In dieser Bekanntmachung ist gem. § 6 (5) Satz 4 BauGB darauf hingewiesen worden, wo die 60. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Marsberg eingesehen werden kann. In dieser Bekanntmachung ist ebenfalls auf die Vorschriften des § 215 (1) BauGB und des § 7 (6) GO NW hingewiesen worden. Die 60. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Marsberg ist am ..... gem. § 6 (5) Satz 2 BauGB wirksam geworden.

Marsberg, den

(Bürgermeister)

Die Bezirksregierung Arnsberg ist mit Schreiben vom ..... über die Wirksamkeit der 60. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Marsberg unterrichtet worden. Ein Nachweis über die öffentliche Bekanntmachung nach § 6 (5) Satz 1 BauGB, die am ..... durchgeführt worden ist, wurde beigelegt.

Marsberg, den

(Bürgermeister)

## Hinweise

### 1. Ausschlusswirkung

Mit der Darstellung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen ist gemäß § 35 (3) Satz 3 BauGB die Entfaltung von Windenergieanlagen im Sinne des § 35 (1) Nr. 5 BauGB im übrigen Stadtgebiet ausgeschlossen.

### 2. Altlasten

Treten bei Erdarbeiten Auffälligkeiten auf (z. B. bisher unentdeckte Kontaminationen), ist umgehend die Abteilung Abfallwirtschaft und Bodenschutz im Fachbereich Umwelt beim Hochsauerlandkreis (Tel. 0291 / 94-1668) zu benachrichtigen.

### 3. Denkmalschutz

Werden bei Erdarbeiten kultur- und erdgeschichtliche Bodenfunde entdeckt (Tonscherben, Metalfunde, Bodenverfärbungen, Knochen etc.), ist gemäß Denkmalschutzgesetz NRW die Entdeckung sofort der Stadt Marsberg (Tel. 02992 / 602-1) oder dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel. 02761 / 9375-0) anzuzeigen und die Entdeckungsstätte drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten.

## Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2.414) in der jeweils gültigen Fassung

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.06.2013 (BGBl. I, S. 1.548, 1.551)

§ 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung (BauO NRW) vom 01.03.2000 (GV. NW, S. 256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.05.2014 (GV. NW, S. 294)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenvorordnung 1990 - PlanV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I, S. 58), geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I, S. 1.509, 1.510)

§§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV. NW, S. 307)

Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht [Bekanntmachungsverordnung - BekanntVO] vom 26.08.1999 (GV. NW, S. 516), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13.05.2014 (GV. NW, S. 307)

Verfahrensstand: Fassung zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Datum: 30.09.2015

